Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31 307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 656
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drechsler, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Illust. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Musestunden, Lust aller und neuer Zeit, Roman-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. RM. 1.80, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. RM. 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeld. Druck: Clemens Laubegast Nachf., Dresden-Trachau. Unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, übern. wir ohne Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Anzeigen werden die 6gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 50 % Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Ansatz gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
57. Jahrgang

Deutschland verlangt weitere Rückwirkungen

Neuer Personalabbau bei der Reichsbahn — Aenderung des Mieterschutzgesetzes — Auch Herriots Mission gescheitert

Wer unterzeichnet?

(Eigener Informationsdienst.)

Die Meldung, wonach Außenminister Dr. Stresemann nicht zur Unterzeichnung der Paktverträge nach London fahren werde, wird von halbamtlicher deutscher Seite ganz entschieden dementiert. Das Reichskabinett hat allerdings noch keinen endgültigen Beschluß über die Unterzeichnung gefaßt, da dies erst nach der Annahme der Verträge durch den Reichstag geschehen kann. Man nimmt aber auf jeden Fall an, daß Dr. Luther und Dr. Stresemann zur Unterzeichnung nach London fahren werden, zumal schon seit einigen Tagen davon die Rede ist, daß in London weitere Besprechungen der Staatsmänner stattfinden sollen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraf" meldet: Trotz der Absage der festlichen Veranstaltungen, die anläßlich der bevorstehenden Unterzeichnung der Locarno-Verträge vorgesehen waren, wünschen die Regierungen Frankreichs und Belgiens, doch die Unterzeichnung durch die Staatsminister und nicht durch ihre Botschafter vornehmen zu lassen. Wenn auch wegen der Trauer um die verstorbene Königin-Mutter keine öffentlichen Veranstaltungen stattfinden werden, so beabsichtigen doch der Premierminister, und der Staatssekretär des Aeußeren, die auswärtigen Staatsmänner zu bewirten, während sie der König im Buckingham-Palast in privater Unterredung empfangen wird.

Eine unhaltbare Auffassung

Zu dem Einspruch des deutschen Botschafters in Paris gegen die militärische Neubelegung von Trier und Jülich vertreten die Pariser Stellen die Auffassung, infolge der Befreiung so vieler deutscher Städte müßten einige Großstädte entsprechend mehr belegt werden.

Von deutscher Seite ist nachdrücklichst darauf hingewiesen worden, daß eine derartige Belastung einzelner Städte durch nichts gerechtfertigt sei.

150 neue Besatzungswohnungen in Koblenz!

Wie Wolffs Westdeutscher Provinzialdienst erfährt, teilte der Oberbürgermeister in der heutigen Stadtverordnetensitzung mit, daß von der Stadt Koblenz 150 Wohnungen für das Generalkommando und neue Truppenabteilungen beschlagnahmt werden sollen. Nächst Trier und Mainz ist Koblenz seit sieben Jahren die durch Besatzung am meisten belegte Stadt. Der Oberbürgermeister hat gegen diese Wohnungsbeschlagnahme bei dem Kreisdelegierten Einspruch erhoben und auch die zuständigen Berliner Stellen um Hilfe ersucht.

Stresemann-Hetze im bayerischen Landtag

Im Verlaufe der Aussprache über die Anträge, betreffend den Locarnovertrag und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, kam es zu einem Zwischenfall. Der völkische Abgeordnete Bergwerksdirektor Dr. Wagner machte lebhafte Zurufe, als der Ministerpräsident, der in die Debatte eingegriffen hatte, erklärte, es sei unangebracht, Stresemann Vorwürfe zu machen, wie sie im Landtag erhoben worden seien. Eine politische Gegnerschaft berechtige nicht zu sagen, daß Stresemann ein Landesverräter sei. Der Abgeordnete Wagner rief dem Ministerpräsidenten zu, er möge sich doch in die Seele der Bevölkerung der abgetrennten Gebiete versetzen. Er könne es verstehen, wenn ein ausgewiesener Elsaß-Lothringer Stresemann über den Haufen schießen würde. Dieser Zuruf löste lebhafte Entrüstung aus, und man hörte Rufe wie: „Genau wie bei Rathenau!" und „Dieselbe Verhetzung, die zum Morde führen muß!"

Ein deutsch-holländischer Handelsvertrag

Am Donnerstagvormittag wurde in Berlin zwischen der deutschen und der niederländischen Delegation ein deutsch-holländisches Abkommen geschlossen. Es enthält zwei Teile: zunächst einen Zusatzvertrag zu dem alten Handels- und Schiffahrtsvertrag, in dem nur Deutschland die Meistbegünstigung zugesichert worden war. In dem neuen Zusatzabkommen ist sie vertraglich festgelegt worden. In dem wichtigeren zweiten Teil macht uns Holland Zusagen auf dem Gebiete des Zolltarifs, ferner ist der alte Kreditvertrag, der unter Erzberger abgeschlossen worden war, verlängert. Holland hatte uns nach diesem Vertrag einen Kredit von 140 Millionen Gulden gewährt, während wir eine Kohleneinfuhr von 90 000 Tonnen im Monat bewilligten. Dieser Kredit, der ursprünglich bis 1930 laufen sollte, ist jetzt um sieben Jahre verlängert worden. Der Zinssatz, der 6 Prozent betrug, ist ab 1. Januar 1927 auf 5½ Prozent ermäßigt worden. Deutschland gewährt eine Reihe von Zollermäßigungen, die demnächst im einzelnen veröffentlicht werden.

Die Zustimmung zum Locarno-Vertrag

Zweiter Tag der Reichstags-Debatte

Je näher die Abstimmung über die Locarno-Verträge heranrückt, um so stärker zeigt sich die Ermüdung, die sich der weitesten parlamentarischen Kreise angesichts der anstrengenden Beratungen der letzten Tage bemächtigt hat. Als gestern im Reichstag die Diskussion durch den sozialdemokratischen Wortführer Dr. Landsberg fortgesetzt wurde, waren von der Regierung nur Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann anwesend.

Zwischen Dr. Landsberg und den Deutschnationalen kam es alsbald zu erregten Auseinandersetzungen, da der sozialdemokratische Redner wiederum auf die Vorgeschichte des Rücktritts der deutschnationalen Minister aus der Regierung, und der Ausarbeitung der Richtlinien für die Locarno-Konferenz zurückkam. Dieser stürmische Auftakt war aber nur ein Zwischenspiel, denn der weitere Verlauf der Debatte nahm einen ziemlich ruhigen und sachlichen Gang. Namentlich der deutschnationale Redner Dr. Wallraff legte großen Wert darauf, die Erregung der letzten Tage einzudämmen, und durch die objektive Tonart eine weitere Verschärfung der Gegensätze zu vermeiden. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Grafen Westarp beschränkte sich Dr. Wallraff im allgemeinen darauf, die Stellung der rheinischen Bevölkerung zu dem neuen Besatzungsregimes zu erörtern. Die Linke hörte den Vortrag Dr. Wallraffs schweigend an und unterbrach ihn lediglich an einigen Stellen, in denen er sich gegen den Eintritt in den Völkerbund wandte.

Nach Dr. Wallraff sprach der Kommunist Schmeller vor vollständig leeren Bänken, da sich die Abgeordneten sämtlicher Parteien bis auf wenige Kommunisten aus dem Saal entfernt hatten. Der Kommunist sprach über 1½ Stunde, so daß die Debatte erheblich hinausgezögert wurde.

Größeres Interesse herrschte, als der demokratische Redner Dr. Dernburg sich in seinen Ausführungen sehr lebhaft mit den Deutschnationalen auseinandersetzte, und er ihnen das Beispiel Bismarcks entgegenhielt, um damit zu beweisen, daß nur eine kluge staatsmännliche Politik zur Geltendmachung der Weltstellung Deutschlands führen könne. In den Nachmittagsstunden war die Ministerbank vollständig leer. Reichskanzler Dr. Luther, sowie Außenminister Dr. Stresemann begaben sich zu einer Kabinettsbesprechung, um erst in den Abendstunden wieder zurückzukehren. Die zweite Lesung konnte immerhin nach ausgedehnter Debatte zu Ende geführt werden.

Die Abstimmung

Der Reichstag stimmte gestern über die Locarno-Vorlage ab. Artikel 1 des Gesetzes, welcher die Annahme des Sicherheitspaktes und der Schiedsverträge feststellt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 271 gegen 150 Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen. — Dagegen haben gestimmt die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Völkischen, die Nationalsozialisten und ein Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Vor der Abstimmung über den Artikel 2, der zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermächtigt, brachte Abg. Leicht (Bayr. Volkspartei) folgende Entschließung ein:

„Die Reichsregierung wird ersucht, von der Ermächtigung des Artikels 2 nur Gebrauch zu machen, wenn sich durch weitere Tatsachen die Auffassung der Regierung bestätigt, daß die Gegenseite in den schwebenden Fragen, insbesondere den Fragen der Rheinlande, eine Politik der friedlichen Verständigung verfolgt."

Abg. Leicht erklärte weiter, seine Fraktion werde sich bei der jetzigen Abstimmung über den Artikel 2 der Stimme enthalten. Die oben genannte Entschließung kann erst in der dritten Beratung (morgen) zur Abstimmung kommen. Hierauf wird namentlich abgestimmt über einen deutschnationalen Antrag, welcher dem Artikel 2 die Fassung anfügen will: Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes.

Dieser Antrag wurde mit 242 gegen 160 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, der inhaltlich dasselbe besagt wie der eben abgelehnte Antrag der Deutschnationalen wird mit 245 gegen 170 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Artikel 2 der Vorlage wird in einfacher Abstimmung angenommen, ebenso Artikel 3, nach welchem das Gesetz mit dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft tritt. Damit ist die zweite Beratung erledigt.

Freitag 12 Uhr dritte Beratung.

Währung und Wirtschaft

Während der Inflationszeit unseligen Angedenkens stand die deutsche Reichsbank zweifellos auf der Seite derer, welche die Entwicklung falsch beurteilten. Daraus ergab sich manche Maßnahme ihrer Kreditpolitik, die uns heute vollkommen unverständlich erscheint. Man soll deswegen nachträglich kein Verdammnisurteil fällen. Wer hat in jenen Tagen, auch von führenden Wirtschaftlern, die ganze Lage richtig übersehen? Darin lag ja gerade das Tragische dieser Zerrüttungsperiode, daß die grauenhafte Zwangsläufigkeit der Entwicklung erst dann erkannt und mit wirksamen Gegenmaßnahmen bekämpft wurde, als die Milliardenbeträge des deutschen Renten- und Sparkapitals so aufgefressen waren, als wären Motten und Rost über sie gekommen.

Das geschichtliche Verdienst des gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten Schacht wird es bleiben, den der Inflation entgegengesetzten festen Damm einer neuen stabilen Währung so gefestigt zu haben, daß keine Brandung ihm etwas anhaben konnte. Aber so sehr wir uns unserer Edelvaluta auch freuen können, so wenig dürfen wir verkennen, daß die Währung nicht nur um ihrer selbst Willen da ist; die Festigung der Währung ist nicht als Selbstzweck zu verfolgen, sondern um der Wirtschaft willen. Was würde es einem Volke nützen, wenn seine Währung auf einsamer, brandungsgeschützter Insel fest verankert ist, aber ringsherum sinkt die Wirtschaft in die Tiefen des Meeres!

In der Inflationszeit hatte sich die deutsche Wirtschaft, nicht ohne Verschulden der Reichsbank, an eine Kreditbeanspruchung gewöhnt, die mit den Grundsätzen normaler Wirtschaftsführung schlechterdings unvereinbar war. Es war deswegen nur recht und billig, wenn hier von der Reichsbank das Steuer herumgeworfen und eine Restriktionspolitik eingeleitet wurde. Unsolide, in der Sachwerthysthose der Inflationszeit entstandene oder künstlich aufgeblähte Unternehmungen durch Kreditgewährung aufrecht zu erhalten, lag und liegt ganz gewiß nicht im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse. Auf der anderen Seite zwingt jedoch gerade die jetzige Wirtschaftskrisis, zur Prüfung der Frage, ob hier neben den anderen offensichtlichen Ursachen nicht auch eine Ueberspannung der kreditein schränkenden Tendenz Wirkungen ausübt, die eine Vernichtung solider Wirtschaftswerte in sich schließt, deren Erhaltung ohne Gefährdung der Währung vielleicht möglich wäre.

Mit besonderem Nachdruck wendet sich die offizielle Kreditpolitik gegen Auslandskredite. Es ist zweifellos, daß Auslandskredite, besonders von Amerika, uns nicht um unsere schönen Augen Willen, sondern aus rein egoistischen Gründen gewährt werden. Ganz fehlsam wäre es jedoch, anzunehmen, daß durch sie ohne weiteres und unbedingt eine Versklavung der deutschen Wirtschaft eintreten müßte. Der schlagende Gegenbeweis ist hier Amerika selbst, das vor dem Kriege mit Milliarden Schuldnerstaat Europas war, und dessen ganze industrielle Entwicklung s. Zt. zu einem erheblichen Teile mit Auslandskapital eingeleitet worden ist.

Wie die deutsche Währung — das möchte die Reichsbank bedenken — ohne das Gold, das vom Ausland an die deutsche Reichsbank für Zwecke der Stabilisierung gegeben wurde, eine ihrer Stützen entbehren würde,